

Sächsisches. Bewegte Landtagsitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagsitzung am Dienstag nahm das Haus davon Kenntnis, daß die Regierung die zweite Beratung der Vorlage über die Notverordnungen abgelehnt habe, die Beratung solle an einem anderen Tag stattfinden. Innenminister Richter wandte sich gegen die in der Geschäftsordnungsdebatte erhobenen Angriffe des Abg. Dr. Wallner (Volksp.), der erklärte, daß die Regierung durch die Ablehnung der Beratung die Notverordnungen inhibiere. Der Minister führte aus, daß die Regierung durchaus den Willen der Mehrheit des Landtages respektiere, es sei aber ihr gutes Recht, mit allen Mitteln sich für die Verabschiedung der Notverordnungen einzusetzen.

Finanzminister Dr. Hedrich begründete den Gesekentwurf über einen staatlichen Wirtschaftsfond und betonte, daß keineswegs daran gedacht sei, mit diesem Gesekentwurf eine Maßnahme zu treffen, die auf den Versuch einer planvollen Subventionierung der Wirtschaft aus Mitteln der öffentlichen Hand hinauslaufen würde. Bei richtiger Handhabung der Mittel des Fonds könnte die sächsische Wirtschaft Nutzen ziehen und die mit Arbeiterentlassungen verbundenen Stilllegungen vermeiden.

Abg. Cippa (DVP) wies auf die von den sächsischen Handelskammern und die vom Verband Sächsischer Industrieller geäußerten Wünsche hin und bat, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen. Abg. Eckardt (DVP) äußerte gleichfalls Bedenken seiner Fraktion und ging auf die Subventionspolitik der Gemeinden ein. Abg. Renner (Kom.) lehnte die Vorlage ab, während Abg. Dr. Kaffner (Staatsp.) die gewissenhafte Durchprüfung dieser Angelegenheit in einem Ausschuß wünschte. Abg. Siegnoth (Soz.) lehnte die Vorlage als nicht geeignet, sächsische Notstände zu beseitigen, ab. Abg. Dr. Wilhelm (Vp.) führte aus, daß, wenn wirksam geholfen werden sollte, weit größere Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Abg. Dr. Wallner (Volksp.) wünschte einen anderen Plan für die Verwendung des Wirtschaftsfonds. — Die Nationalsozialisten kamen in der Debatte nicht zu Wort. Die Vorlage wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stand der von dem Sozialdemokraten Geiser begründete Antrag, der verlangt, daß vor Weihnachten nur ein Sonntag für den Ladenverkehr freigegeben wird und daß Genehmigungen zum Offenhalten der Läden nach 7 Uhr abends nicht mehr erteilt werden sollten. Ein kommunistischer Zusatzantrag wünscht, daß vor Weihnachten überhaupt kein Sonntag zum Verkauf freigegeben und auch keine Verlängerung der Verkaufszeit genehmigt werden soll. Finanzminister Dr. Hedrich machte gegen diese Anträge Bedenken rechtlicher Natur geltend. Die Durchführung dieses Antrages würde mit den reichsrechtlichen Bestimmungen nicht in Einklang stehen und eine einseitige Verkürzung der Verkaufszeiten in Sachsen würde eine empfindliche Schädigung des sächsischen Geschäftslebens gegenüber den benachbarten Reichsgebieten bedeuten. In der Aussprache bekämpfte Abg. Dr. Kaffner (Staatsp.) beide Anträge mit der Begründung, daß jeder Ausfall im Ladengeschäft auch einen Lohnausfall in der Industrie nach sich ziehe, außerdem dürfe auch die Konkurrenz der Tschechoslowakei nicht übersehen werden. Für die Deutschnationalen trug Abg. Tögel grundsätzliche Bedenken vor, die von dem volksparteilichen Abg. Schmidt unterstützt wurden. Abg. Schreiber (Natf.) erklärte, daß seine Partei die Beschränkung der Verkaufssonntage vor Weihnachten ablehne, aber den zweiten Teil des Antrages unterstützen werde. Als der Sozialdemokrat Geiser das Schlusswort halten wollte und sich dabei in Angriffen gegen die Nationalsozialisten erging, verammelten sich die nationalsozialistischen Abgeordneten und zahlreiche andere Abgeordnete um die Rednertribüne. Als Geiser weiter sprach, erhob sich ein minutenlanges Lärm, der Redner konnte sich nicht mehr verständlich machen. Erst nach längerer Zeit trat Ruhe ein. — In der Abstimmung wurde der erste Teil gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen der zweite Teil, der den 7-Uhr-Ladenschluß auch vor Weihnachten verlangt, mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angenommen.

Das Haus trat dann in die erste Beratung der Vorlage wegen Uebernahme von Aktien der A.-G. Sächsische Werke durch die Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Finanzminister Dr. Hedrich erklärte in seiner Begründung, daß die Bestrebungen, die Elektrizitätswerke auch der Gemeinden und damit deren Versorgungsgebiete in die A.-G. Sächsische Werke aufzunehmen, schon seit langem bestünden und lägen im Sinne der auf eine einheitliche Versorgung des ganzen Landes mit elektrischer Energie gerichteten Politik. Der Minister bat um Annahme der Vorlage. Abg. Cippa (DVP) trat für die Vorlage ein, Abg. Dr. Eckardt (DVP) bat um Ueberweisung an den Ausschuß, Abg. Dr. Breßneider (Stp.) stimmte der Vorlage zu. Die Abg. Ferkel (Soz.), Mählig (Kom.) und Dr. Troll (Landv.) wünschten Änderungen der Vorlage, die dem Haushaltsausschuß B überwiefen wurde.

Sehr erregt gestaltete sich die Aussprache über die von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten eingebrachten Anträge auf Aufhebung der Verbote für Versammlungen und Umzüge in Leipzig und Zwickau. Abg. Liepmann (Soz.) machte die Rechtsparteien für die Unruhen verantwortlich, die zu den Verböten geführt hätten. Der jetzt einsetzende Lärm nahm derartige Formen an, daß Präsident Wedel eine Reihe von Ordnungsrufen ausstehlen mußte. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, griff Abg. Bennecke (Natf.) die Gründe der Regierung zu den Verböten an. Innenminister Richter gab eine längere Erklärung ab, in der er sich für die Verböte voll verantwortlich erklärte. Sie seien notwendig, damit sich nicht wieder die Vorgänge wiederholen könnten, wie sie zu Ostern in Leipzig stattfanden.

Abg. Meyer (Natf.) konnte seine Rede zunächst nicht beginnen, da aus den Reihen der Nationalsozialisten „Ferkeltrache“ gerufen wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ferkel, der damit gemeint war, sprang wütend auf und wollte sich auf die Nationalsozialisten stürzen. Sämtliche Abgeordnete versammelten sich schließlich um die Rednertribüne, es entstand ein ungeheurer Lärm, der sich noch verstärkte, als Abg. Meyer sich in heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokraten erging. Präsident Wedel konnte sich nicht verständlich machen. Erst langsam trat Ruhe ein. Als sich die Abgeordneten wieder auf ihre Plätze begeben hatten, warf der Kommunist Renner der Regierung die Unterstützung des Faschismus vor. — Die Anträge gingen dem Rechtsausschuß zu. Nächste Sitzung am Donnerstag, dem 27. November, 13 Uhr.

Der neue Staatshaushaltsplan

Das Sächsische Gesamtministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 sowie die Entwürfe des ordentlichen und des außerordentlichen Staatshaushaltsplanes für dasselbe Jahr genehmigt.

Der Uebersichtlichkeit wegen ist der Entwurf unverkürzt aufgestellt worden. Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts gleichen sich mit je 416,5 Millionen Reichsmark aus. Gegenüber dem Etat von 1929 ergibt sich eine Einsparung von über 19 Millionen Reichsmark und gegenüber dem Etatentwurf für 1930 eine Einsparung von über 4 Millionen Reichsmark.

Sachsens Vertreter im Reichsbahn-Verwaltungsrat

Nach der am Dienstag erfolgten Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Streit um die Länderseite im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn muß jetzt auch die Sächsische Regierung einen Vertreter ernennen. Wie es heißt, kommt dafür in erster Linie Ministerialdirektor Dr. Klien im Wirtschaftsministerium in Frage.

Für eine Totengebächtnisfeier in den Schulen.

Der konservative Abg. Frißsche und die Landvolksfraktion haben im Landtag folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in allen Schulen Sachsens eine Totengebächtnisfeier in der Woche vor dem Totensonntag als Pflichtstunde anzuordnen, in der im Umfange einer Unterrichtsstunde besonders unserer Gefallenen gedacht wird.

ушоаувд аушр шпшадз нао шв шр 'нашар не аушршувш

Deutschnationale Nothilfe.

Dresden. Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei richtet für die bevorstehende schwere Winterszeit eine Nothilfe für ihre verarmten Mitglieder ein. Sie ruft alle Gesinnungsgenossen, soweit sie Mitglieder der Partei sind oder der Partei als Wähler nahe stehen, aber auch alle National- und Christlichgläubenden auf, sie bei diesem großen Opferwerk zu unterstützen. Geplant ist, die Gesinnungsgemeinschaft zur Tatgemeinschaft werden zu lassen, Geld und Naturalspenden werden gesammelt und durch die Leiter der einzelnen Gruppen in der Stadt an die notleidenden Parteimitglieder in den betreffenden Bezirken verteilt. Eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern hat sich bereits zur Stellung von Freitischen, auch in der Form, daß die Mahlzeiten in Gaststätten oder im Hause abgeholt werden können, bereit erklärt.

Aus dem Gerichtssaal.

Sowjetstern gegen Reichsbanner in Pirna.

Dresden. Im Juni vor der Landtagswahl wurde auch in Pirna eifrige Wahlpropaganda getrieben. Es waren auch in der Nähe der Plonierkaserne Plakate über ein bevorstehendes Gantreffen des Reichsbanners angebracht worden, und einige Reichsbannerleute gingen nachts nach der Kaserne, um zu sehen, ob die Plakate noch da waren. Sie bemerkten eine Kalkaufschrift: „Wählt Liste 3 SPD.“ und betrachteten diese. In diesem Augenblick ertönte ein Pfiff, und hinter einem Strauche sprang eine Anzahl politischer Gegner hervor. Der Führer Poslad rief: „Jetzt haben wir die Lumpen, die unsere Zettel abreißen. Schlagt die Hunde tot!“ Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der es auch Verletzte gab. Als die Reichsbannerleute sich zurückzogen, lief man ihnen noch ein Stück nach. Wegen dieses Angriffs mußten sich vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten der Glasmacher Stanislaus Poslad, der Schiffer Walter Mitschner und dessen Bruder Oskar Mitschner sowie der Glasmacher Max Koch. Zur Klärung des Sachverhaltes war eine Anzahl Zeugen geladen. Der Führer Poslad erklärte, daß die Angeklagten sich bei ihrer Partei gemeldet hätten, zur Beobachtung, wer ihre Kalkaufschriften löschte. Als die Reichsbannerleute Miene machten, sich wieder in dieser Richtung zu betätigen, sei es zuerst zu einer Diskussion gekommen, aus der sich die Schlägerei entwickelte. Das Gericht verurteilte Poslad und die Brüder Mitschner zu je 6 Wochen Gefängnis und sprach den Angeklagten Koch frei.

Privatgeschäfte mit der Kriegsschuldbüße.

Dresden. Der Oberleutnant a. D. Karl Gustav Mißch und der Vertreter Otto Max Tressel hatten sich zu einem Unternehmen zusammengetan, das sich mit dem Vertrieb einer Schrift, betitelt: „Schuldig?“, befaßte, und in welcher zur Kriegsschuldbüße Stellung genommen wurde. Das Schriftchen, das einzeln 50 Pf. kostete, repräsentierte diesen Wert keinesfalls. Die Schrift wurde durch Tressel Fabrikleuten vorgelegt. Tressels Besuch wurde den Interessenten auf Briefbogen avisiert mit der Aufschrift: „Deutsche Aufklärungsstelle, Abt. Dresden“. Die Interessenten kauften meist einen größeren Posten in dem Glauben, ein gemeinnütziges Unternehmen zu unterstützen, und waren hinterher aufgebracht, als sie hörten, daß es sich lediglich um ein Privatunternehmen handelte. Mißch und Tressel, die wegen ähnlichen Deliktes vom Landgericht Leipzig in Strafe genommen wurden, mußten am Montag wegen Betrugs in Tateinheit mit täuschender Reklame vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Dresden erscheinen. Die Angeklagten bestritten jede Schuld und stützten auf dem Leipziger Urteil, wonach sie sich nicht mehr Reichsaufklärungsstelle, wohl aber Deutsche Aufklärungsstelle nennen dürften, was die Annahme eines amtlichen Charakters ausschließe. Das Gericht vertrat einen anderen Standpunkt und verurteilte Mißch zu 300 Mark Geldstrafe, ersatzweise 20 Tage Gefängnis, und Tressel zu 150 Mark, ersatzweise 10 Tage Gefängnis.

Ein Stadtrat als gewerksmäßiger Wucherer.

Chemnitz. Vor dem Schöffengericht hatte sich der unbefordete Stadtrat Baugewerksmeister Rudolf Walter Becker wegen gewerksmäßigen Kreditwuchers zu verantworten. Becker hat 1927 und 1928 verschiedenen Personen Geld geliehen gegen eine jährliche Verzinsung von 50 bis 170 Prozent. In einem Falle forderte und erhielt dieser Menschenfreund von einem Subwelier sogar 720 Prozent Zinsen, die ihm in Form einer täglichen Gewinnbeteiligung ausbezahlt wurden. Becker konnte aber gerade wegen dieser und einiger anderer schwerer Fälle nicht verurteilt werden, weil bei dem Schuldner keine Vollstreckung vorlag. Das Gericht verurteilte Becker wegen Kreditwuchers in 6 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis, 425 Mark Geldstrafe und einem Jahr Ehrverlust. Gegen Becker, der schon wegen Verleumdung, Kettenhandels, verführerischer Tätigkeit und Erpressungsversuchs vorbestraft ist, schwebt noch ein weiteres Strafverfahren wegen Erpressungsversuchs.

Aus Stadt und Land.

27. November

Sonnenaufgang 7.35 Sonnenuntergang 15.59
Mondaufgang 12.08 Monduntergang 22.39
1701: Der Astronom Anders Celsius in Uppsala geb. (gest. 1744).

Das Hochwasser im Rückgang.

Langsam, ganz langsam hat die Hochflut über Nacht endlich Neigung zur Abnahme gezeigt und sich um ganze 10 Zentimeter empfinden. Trotzdem heute die Wasserdepeche knapp 1½ Meter Fall meldet, wird es bei dem milden und auch teilweise regnerischen Wetter eine ganze Zeit dauern, ehe unser Elbstrom wieder einigermaßen normales Aussehen hat. Die Erde ist eben zu vollgepfiffen! — Der hiesige Pegelstand beträgt nachmittags 3 Uhr 223 +.

— Sturmschaden auf dem Jahnplatz. Der Sturm am Sonntag legte den 7 Meter hohen Drahtschuß an der Ostseite des Jahnplatzes unserer Turngemeinde um. Von den neun Säulen brachen sechs. Unserer Turngemeinde entsteht dadurch ein Schaden von etwa 100 Mark.

— Die Bürgersteuer für den Bezirk Pirna verfügt. Der letzte Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Pirna hatte sich u. a. auch mit der Einführung der Bürgersteuer zu befassen. Von den bürgerlichen Bezirksratsmitgliedern wurde die Entscheidung hinausgeschoben, während die Linke erklärte, die Steuer abzulehnen und ihr nur zuzustimmen, wenn die Steuer die unteren Schichten entlastet, die oberen Schichten aber entsprechend belastet. Da unter diesen Umständen eine Einigung nicht herbeigeführt wurde, hat jetzt die Amtshauptmannschaft die Einführung der Bürgersteuer für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Pirna mit Wirkung vom 1. April 1930 ab verfügt.

— Schafft dem Handwerk Arbeit! Der Bezirksausschuß des Handwerks in der Amtshauptmannschaft Pirna hat zur Arbeitsbeschaffung für die Mitglieder seiner angeschlossenen 52 Innungen eine große Werbeaktion begonnen. Durch Anzeigen in den Tageszeitungen, durch Schaufensterplakate und Flugzettel ruft er den Einwohnern zu: Das Handwerk ist in Not, Tausende geschickter Hände haben keine Beschäftigung, sie wollen Arbeit! Vergebt Aufträge, laßt Wohnungen und Häuser instandsetzen, ergänzt Kleidung und Haushaltsgegenstände, unterstützt das Kunsthandwerk, laßt und bestellt in den Spezialgeschäften und Werkstätten des Handwerks. Nur dadurch wird die Arbeitslosigkeit gemindert. Der kleinste Auftrag bringt Arbeit und Brot. Man erteile ihn jetzt und helfe dadurch die übergroße Not lindern, die sich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression sonst zur Katastrophe auswirken muß. Man bestelle aber beim ordnungsfähigen Handwerker, der allein sachgemäße Arbeit liefert und dafür garantiert, während der Schwarzarbeiter oder Pflücker den Besteller nicht nur um sein Geld bringt, sondern auch die Steuerbehörden um die Steuern, die Arbeitslosen aber um die Arbeitsmöglichkeit betrügt.

— Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz. Der Gesamtverein hält am kommenden Sonntag den 30. November nachm. 2 Uhr im Fremdenhof „Weißer Schwan“ in Pirna seine Herbst-Abgeordnetenversammlung ab. — Die Kunststiftung des Gebirgsvereins (Urbanus Buchhandlung) ist nach Dresden-N., Wilsdruffer Straße 48 verlegt worden. Das Vereinsheim auf dem Laß bei Königstein ist während der Monate November bis Februar nur an den Sonntagen geöffnet.

— Gegen die Einbürgerung Fremdstämmiger. Der konservative Abg. Frißsche hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Immer noch sind die Gesuche von Ausländern um Einbürgerung in ein deutsches Land sehr zahlreich. Es liegt auf der Hand, daß für Angehörige einer nichtdeutschen Rasse innerhalb der Grenzen eines „Volks ohne Raum“ kein Platz und für politisch, wirtschaftlich und sittlich Andersdenkende in dem zerklüfteten und verarmten deutschen Volk kein Betätigungsfeld ist. Deshalb beantrage ich, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die unteren Verwaltungsbehörden anzuweisen, Einbürgerungsgesuche mit erhöhter Strenge zu prüfen und solche Fremdstämmiger in der Regel von vornherein als aussichtslos zu betrachten.

— Bevorstehende Erhöhung der Beiträge für die Invalidenversicherung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß für das nächste Jahr eine Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung bevorsteht, und zwar in der Art, daß man das Lohnklassensystem, das bisher bei einem Wochenverdienst von 36 Mark endete, durch stärkere Heranziehung der höheren Löhne ausbaut. Die Notwendigkeit der Beitragserhöhung ergibt sich daraus, daß die Invalidenversicherung, die im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 303 Millionen Mark hatte und im laufenden Jahre voraussichtlich noch einen Ueberschuß von 41 Millionen Mark haben dürfte, im nächsten Jahre ein erhebliches Defizit befürchten mußte. Die Ausgaben für Renten und für freiwillige Leistungen sind so gestiegen, daß die Invalidenversicherung im nächsten Jahre mit Gesamtausgaben von 1162 Millionen rechnen muß, während aus Beiträgen, Zinsen usw. lediglich Einnahmen von 1100 Millionen Mark zu erwarten sind.

Dresden. Bahnfrevler. Am Dienstag in der 6. Morgenstunde wurde auf der Linie Nadebus—Nadeburg zwischen Nadebus und Weißes Noß durch Auslegen eines Schienenfahrbekels auf die Schienen der Personenzug 4780 gefährdet. Ein Unfall ist glücklicherweise nicht eingetreten. Die Reichsbahndirektion Dresden hat für die Ermittlung der Täter eine Belohnung bis zu 200 Mark ausgesetzt, deren Verteilung sie sich vorbehält.

Dresden. Flucht eines Untersuchungsgefangenen. Als am Dienstagmorgen der seit Oktober wegen schwerer Privaturlundenfälschung in Untersuchungshaft befindliche Paul Mäke im hiesigen Landgerichtsgebäude zur Vernehmung geführt worden war, sprang er plötzlich auf und entfloh. Obwohl sofort das Gerichtsgebäude mit Hilfe von Polizei eingehend durchsucht wurde, gelang es nicht, des Flüchtlings, der früher schon Fluchtversuche unternommen hat, habhaft zu werden.

Reichskau. Eiserner Hochzeit. Am Sonntag konnte im benachbarten Lambzig das Ehepaar Hermann Fuchs und Frau Johanne Gottliche geb. Häberer das Fest der Eisernen Hochzeit feiern. Dankschreiben und Ehrengeschenk vom sächsischen Ministerpräsidenten und vom Reichspräsidenten sowie viele andere Geschenke sind bei den 86 bzw. 87 Jahre alten Eheleuten eingegangen.